

Nachrichten

Deutlicher Rückgang der Asylgesuche

Bern. Die Asylgesuche in der Schweiz sind im November im Vergleich zum Vormonat um 10,2 Prozent zurückgegangen. Seit Jahresbeginn wurden 1666 Personen von der Schweiz in einen Dublin-Staat transferiert und 1199 Personen wurden der Schweiz überstellt. Das teilte das Staatssekretariat für Migration mit. Seit Jahresbeginn wurden 14230 Gesuche eingereicht – 15,7 Prozent weniger als in der Vorjahresperiode. SDA

Bundesräte dürfen Bürger zweier Staaten sein

Bern. Bundesräte sollen weiterhin eine doppelte Staatsbürgerschaft haben dürfen. Der Nationalrat will das nicht untersagen. Er hat gestern eine parlamentarische Initiative von Marco Chiesa (SVP/TI) mit 125 zu 64 Stimmen abgelehnt. Damit ist der Vorstoss vom Tisch. 20 Prozent der Schweizer besässen zwei Staatsbürgerschaften, argumentierte Angelo Barrile (SP/ZH) im Namen der Kommission. SDA

Lobbyisten müssen Auftraggeber melden

Bern. Professionelle Lobbyistinnen und Lobbyisten, die ins Parlamentsgebäude kommen, müssen nach dem Willen des Ständerats künftig bekannt geben, für wen sie arbeiten. Ratsmitglieder dürfen aber weiterhin je zwei Zutrittsausweise abgeben. Die kleine Kammer hiess gestern derartige Änderungen im Parlamentsgesetz und in der zugehörigen Verordnung gut. SDA

Der Nationalrat will Plastik-Abfall reduzieren

Bern. Der Nationalrat will etwas gegen Plastikmüll unternehmen. Er möchte den Bundesrat verpflichten, gemeinsam mit den betroffenen Branchen Massnahmen zur Reduktion zu ergreifen. Nun muss der Ständerat entscheiden. Die Verwendung von Plastikverpackungen und Einwegkunststoffprodukten soll innert nützlicher Frist erheblich abnehmen. SDA

Fast sechs Milliarden Familienzulagen bezahlt

Bern. 5,9 Milliarden Franken sind letztes Jahr an Familienzulagen ausbezahlt worden, 0,1 Milliarden mehr als im Vorjahr. Die Kinderzulagen machten knapp drei Viertel aus, die Ausbildungszulagen gut ein Viertel. Das restliche eine Prozent wurde in Form von Geburts- und Adoptionszulagen ausgerichtet, wie das Bundesamt für Sozialversicherung mitteilte. SDA

Mitsprache bei Waffen gefordert

Initiative gegen Exporte in Bürgerkriegsländer lanciert

Bern. Parlament und Volk sollen künftig bei Kriegsmaterialexporten mitbestimmen können. Die grundsätzlichen Regelungen dazu sollen in der Verfassung festgeschrieben werden. Das fordert die «Korrektur-Initiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer», die gestern lanciert worden ist.

Den Initianten zufolge sollen keine Waffen mehr in Länder exportiert werden dürfen, die die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen. Das entspreche der Kriegsmaterialverordnung von 2014, stellte GLP-Nationalrat Beat Flach fest. Seit November 2014 müsse die Menschenrechtssituation aber nur noch «berücksichtigt» werden. Diese Lockerung der Exportvorschriften sei in den Augen vieler unvereinbar mit der humanitären Tradition der Schweiz.

Derzeit entscheidet der Bundesrat in Eigenregie über die Waffenexport-Politik der Schweiz. In den vergangenen Monaten war die Ankündigung des Bundesrats, zur Stärkung der Rüstungsindustrie Waffenexporte unter Umständen auch in Bürgerkriegsländer zu erlauben, auf heftige Kritik in der Öffentlichkeit gestossen. Ende Oktober gab der Bundesrat diese Pläne schliesslich wieder auf. SDA

Rückschlag für den Klimaschutz

Das CO₂-Gesetz ist im Nationalrat gescheitert. Das gibt selbst am Gipfel in Polen zu reden



Einer der Leidtragenden. Der Aletschgletscher, vom Jungfrauoch aus fotografiert. Foto Keystone

Von Stefan Häne, Zürich, und Martin Läubli, Katowice

Mehr als zehn Stunden Debatte – und dann: das jähe Ende. Der Nationalrat hat gestern das neue CO₂-Gesetz in der Schlussabstimmung mit 92 zu 60 Stimmen bei 43 Enthaltungen abgelehnt.

Die SVP war von Beginn weg gegen die Vorlage, mit der der Bundesrat das Klimaabkommen von Paris umsetzen möchte. Weil SVP und FDP, die eine Mehrheit der Sitze halten, das Gesetz in entscheidenden Punkten abschwächten, trug es die Ratslinie am Ende nicht mehr mit. Gescheitert ist die Vorlage vor allem daran, dass der Nationalrat bei der Reduktion der Treibhausgase auf den Kauf von Emissionszertifikaten im Ausland setzte. Er lehnte es ab, einen Inlandanteil im Gesetz zu verankern. Auch von einer Flugticketabgabe wollte er nichts wissen. Die Vorlage kommt nun in den Ständerat, wo im neuen Jahr die Beratungen von vorne beginnen.

Der Entscheid gibt auch im polnischen Katowice zu reden, wo dieser Tage die Klimakonferenz der Weltgemeinschaft stattfindet. «Wir sind ein reiches Land, wir können eine ehr-

geizige Klimapolitik betreiben, wie der Bundesrat es will, brauchen aber entsprechende Massnahmen», sagt Marc Chardonens. Der Direktor des Bundesamts für Umwelt (Bafu) führt in Katowice Gespräche, wie eine künftige ambitionierte Klimapolitik aussehen könnte.

Kritik am Klimagipfel

Deutlicher wird Jürg Staudenmann, der für Alliance Sud, der Arbeitsgemeinschaft Schweizer Hilfswerke, als «Beobachter» an der Klimakonferenz weilt: «Wie können die anderen Länder an der Klimakonferenz die redlichen Bemühungen der Schweizer Delegation, ehrgeizigere Klimaziele zu beschliessen, so noch ernst nehmen?» Die Schweiz setzt sich weiterhin für robuste Regeln ein, um das Pariser Abkommen umzusetzen, wie Franz Perrez, Leiter der Schweizer Delegation, sagt. «Die Inlandpolitik steht nicht im Widerspruch mit dem Auftritt im Ausland.»

Doch die Schweizer Inlandpolitik wird von kritischen Tönen begleitet. Bereits letzte Woche nutzte das Netzwerk der internationalen Umweltorganisationen CAN die Klimapolitik des Nationalrats, um das Image der

Schweiz als Vorzeigeland im internationalen Klimaschutz anzukratzen. In ihrem täglichen Newsletter prangerten sie den Entscheid des Nationalrats an, für die Reduktion der Emissionen von 2020 bis 2030 kein Inlandziel festzulegen. Damit hätte die Schweiz die Möglichkeit erhalten, ihre Klimaverpflichtungen ausschliesslich durch Investitionen in ausländische Klimaprojekte zu erfüllen.

In der Schweiz provoziert der Beschluss des Nationalrats einen veritablen Krach: Wer trägt die Verantwortung für das Scheitern? Die FDP wirft

Zwei Initiativen in der Pipeline

Nach dem Scheitern des neuen CO₂-Gesetzes im Nationalrat konkretisiert sich in der BDP der Plan einer eigenen Volksinitiative für mehr Klimaschutz. «Wir werden nun an einer konkreten Formulierung arbeiten und Gespräche mit möglichen Partnern führen», sagt Präsident Martin Landolt. Im Fokus des Begehrens werde die Mobilität stehen. Einen Schritt weiter sind die Promotoren der Gletscherinitiative,

den Linksparteien und der SVP eine «ideologische Verbots- beziehungsweise Blockadepolitik» vor. Sich selber stellt die Partei als Klimaschützerin dar – ihr Communiqué von gestern zeigt das Parteilog über dem sterbenden Aletschgletscher. «Das Preisschild des Nichtstuns wird hoch ausfallen», mahnt die FDP. Diese Verantwortung müssten nun die linken Parteien und die SVP übernehmen.

Juniorpartnerin der SVP

Das sind Aussagen, die nicht nur linke Kreise empören. «Die FDP trägt die Hauptverantwortung, sie hat sich verpöckelt», sagt GLP-Präsident Jürg Grossen. Die Partei habe in ihrem Machttausch vergessen, mit wem sie sich ins Lotterbett gelegt habe: der SVP, also einer Partei, die jeglichen Klimaschutz ablehne. Auch Nationalrat Stefan Müller-Altermatt kritisiert: «Die FDP hat sich zur Juniorpartnerin der SVP gemacht.» Besser hätte sie wie bei der Energiestrategie 2050 mit Mitte-links ein mehrheitsfähiges Gesetz ermöglicht, so der CVP-Politiker. FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen entgegnet, seine Partei habe «Grösse gezeigt».

«Trotzdem haben wir zugestimmt»

Am Schluss habe der Nationalrat gegen den Willen der FDP die CO₂-Abgabe auf Brennstoffe verdoppelt und das Gebäudeprogramm bis 2030 verlängert. Wasserfallen: «Trotzdem haben wir zugestimmt.» Die Linksparteien zeigen sich zuversichtlich, dass der Ständerat, wo FDP und SVP keine Mehrheit haben, das neue CO₂-Gesetz «klimafreundlicher» gestalten wird. Die Beratungen in der Kommission werden wohl schon im Januar starten. Die zweite Hoffnung der Linken gründet in den nationalen Wahlen vom nächsten Jahr, die im Nationalrat die Kräfteverhältnisse in Richtung Mitte-links verschieben könnten. Sicher ist das aber mitnichten.

Und selbst wenn dies so wäre: SVP-Politiker warnen, das Fuder zu überladen. Bei einer Benzinpreiserhöhung von mehr als 10 Rappen pro Liter sei ein Referendum so gut wie sicher.

Das Parlament will entscheiden

Nationalrat lehnt definitives Nein zum UNO-Migrationspakt ab

Bern. Das Parlament soll entscheiden können, ob die Schweiz dem UNO-Migrationspakt zustimmt. Das fordert nach dem Ständerat auch der Nationalrat. Einen definitiven Verzicht auf die Zustimmung zum Pakt haben beide Räte abgelehnt. Die Staatengemeinschaft hat den Migrationspakt am Montag in Marrakesch offiziell angenommen. Die Schweiz blieb der Konferenz fern: Der Bundesrat steht zwar hinter dem Pakt, hat aber entschieden, den Ausgang der Debatten im Parlament abzuwarten.

Nun haben sich die Räte dafür ausgesprochen, dass der Bundesrat dem Parlament die Zustimmung zum Pakt beantragt. Das ermögliche dem Parlament, sich vertieft mit dem Migrationspakt zu beschäftigen, befand die Mehrheit. Der Bundesrat könne darlegen, welche Auswirkungen der Pakt habe und wie er diesen umzusetzen gedenke.

Der Nationalrat überwies den Vorstoss für einen Parlamentsentscheid gestern mit 121 zu 70 Stimmen an den Bundesrat. Den Vorstoss für ein definitives Nein der Schweiz lehnte er mit 104 zu 90 Stimmen bei einer Enthaltung ab. Die SVP und die Mehrheit der FDP hätten bereits einen inhaltlichen Entscheid gegen den Pakt fällen wollen. SP, Grüne und Grünliberale wollten den Entscheid

über die Zustimmung dem Bundesrat überlassen, der gemäss Verfassung dafür zuständig wäre. In der Mitte dominierte die Auffassung, der Inhalt des Migrationspakts sei zwar unproblematisch, doch sei das Thema sensibel.

Kein Staat könne die Herausforderungen der irregulären Migration alleine angehen, betonte gestern Aussenminister Ignazio Cassis. Der Migrationspakt sei im Interesse der Schweiz. Innenpolitisch besteht laut Cassis kein Handlungsbedarf. Der Pakt garantiere auch die Souveränität der Staaten bei der Migration.

Kritik am Vorgehen von Cassis

Ein internationales Abseitsstehen hätte dagegen wohl negative Folgen für die Schweiz und könnte ihrer Reputation schaden. Cassis zeigte sich bereit, eine allfällige Umsetzung des Pakts sowie die Frage der Kompetenzregelung zwischen der Regierung und dem Parlament bei Soft Law im Allgemeinen detailliert aufzuzeigen.

In der Debatte wurde Cassis für sein Vorgehen kritisiert. Er habe es verpasst, das Parlament rechtzeitig einzubeziehen, hiess es. Deshalb brauche es nun die Zusatzschleife im Parlament. Marco Romano (CVP/TI) stellte fest, wegen der

mangelnden politischen Sensibilität des Bundesrats befinde sich die Schweiz nun in einer peinlichen Situation. Von linker Seite wurde dem Bundesrat ein «Zick-zackkurs» vorgeworfen.

Die Vertreter der SVP kritisierten ihrerseits den Inhalt des Migrationspakts. Dieser erleichtere die Migration, sagten sie. Die Schweiz dürfe keinesfalls zustimmen. Die Elite entferne sich vom Empfinden der Bevölkerung, befand Luzi Stamm (SVP/AG). FDP-Vertreter bemängelten, der Pakt sei zu vage formuliert und enthalte keine Regeln zur Lastenverteilung unter den Staaten. Der Bundesrat solle die Vor- und Nachteile klar aufzeigen, forderte Matthias Jauslin (FDP/AG).

Die Ratslinie warf den Gegnern vor, falsche Behauptungen über den Pakt zu verbreiten. Cédric Wermuth (SP/AG) sprach von einer «Verleumdungs-, Verschwörungs- und Lügenkampagne» der extremen Rechten. Die Demokratie sei darauf angewiesen, dass sich Meinungsäusserungen auf Fakten bezögen.

Sibel Arslan (Grüne/BS) betonte, die Schweiz erfülle mit Ausnahme eines Punkts alle Empfehlungen des Pakts. Selbst wenn der Migrationspakt verbindlich wäre, wären in der Schweiz keine rechtlichen Anpassungen nötig. SDA

Aktienrecht soll beraten werden

Ständerat schickt Revision an Kommission zurück

Bern. Der Ständerat will über die Revision des Aktienrechts beraten. Er hat es gestern abgelehnt, die Übung abzubauen. Er wies das Geschäft aber zur Überarbeitung an seine vorbereitende Kommission zurück. Mit 29 zu 15 Stimmen nahm der Rat einen entsprechenden Antrag von Andrea Caroni (FDP/AR) an. Den Nichteintretensantrag von Ruedi Noser (FDP/ZH) lehnte er mit 23 zu 20 Stimmen ab.

Für einen «Abbruch der Übung» hatte sich der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse starkgemacht. Die Vorlage beinhalte zahlreiche Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit, argumentierte Noser. «Lieber keine Revision als diese.» Der Rat sollte den Stecker ziehen. Es bestehe kein Handlungsbedarf. Die Revision schaffe nur neue Hemmnisse. Hannes Germann (SVP/SH) plädierte dafür, die Vorlage zur Überarbeitung an den Bundesrat zurückzuweisen. «So einen Schinken mit 200 Seiten braucht es nicht», stellte er fest. Gemäss Economiesuisse enthält die Vorlage 112 Verschlechterungen für die Wirtschaft. Für Unternehmen seien zahlreiche Erleichterungen vorgesehen, argumentierte hingegen der Antragsteller Caroni. SDA